



Rechte Alltagskultur im Osten – Was tun?

Matthias Gärtner

Mit dem Einzug der DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt ist deutlich geworden, daß Rechtsextremismus kein Problem des sogenannten Randes dieser Gesellschaft ist. Mittlerweile muß davon ausgegangen werden, daß wir es mit einem in der gesellschaftlichen Mitte tiefverwurzelten Denken zu tun haben.

Besonders erschreckend war, daß in Sachsen-Anhalt die DVU im JungwählerInnenbereich die meisten Stimmen erhalten hat. 33,8 % der 18- bis 24-jährigen männlichen Wähler gaben dieser Partei ihre Stimme. In Sachsen baut die NPD kontinuierlich ihre Strukturen aus und setzt auch dort hauptsächlich auf junge Leute. Mit Erfolg, denn in den letzten drei Jahren konnte die Landespartei dort ihre Mitgliederzahl von 200 auf nunmehr 1 400 Mitglieder erhöhen. Mittlerweile hat die NPD somit fast doppelt so viele Mitglieder wie Bündnis 90/DIE GRÜNEN in diesem Land.

Rechte Alltagskultur und ihre Ursachen

Eine Ursache ist die in bestimmten Regionen ausgeprägte rechte Alltagskultur. Für einen Teil Jugendlicher ist diese in den letzten Jahren zu einem „rechten Lifestyle“ geworden. Rechts zu sein, ist nicht nur „in“, sondern gilt auch als modern und wird somit zur Normali-

tät in der Gesellschaft. 1997 wurde die Hälfte der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte in den neuen Bundesländern verübt. Es gibt Regionen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, in welche beispielsweise Westberliner Schulklassen nicht mehr hinfahren, da dort die Gefahr vor Überfällen besonders groß ist. Die Gründe sind vielschichtig. Ein Grund dieser Entwicklung ist darin zu finden, daß in den neuen Bundesländern Soziokultur nur schwach verankert und soziokulturelle Strukturen kaum entwickelt sind. Findet man selbst in sehr kleinen Städten im Westen eine wie auch immer geartete grün-alternative Szene mit entsprechendem Umfeld vor, fehlt das in den neuen Ländern zum größten Teil. Hinzu kommt eine falsche beziehungsweise verfehlte Förderung von Jugendstrukturen. Im Rahmen des AgAG-Programms der Bundesregierung (Aktionsprogramm gegen Agression und Gewalt) wurde insbesondere von 1992 bis 1994 aber auch zum Teil darüberhinaus die Arbeit mit rechtsorientierten und gewaltbereiten Jugendlichen verstärkt gefördert. Mit Landesmitteln und kommunalen Geldern wurde diese Form der sozialakzeptierenden Jugendarbeit in einigen Regionen weitergeführt. Wer in seiner Projektkonzeption darauf verwies, daß mit rechten Jugendlichen gearbeitet werden soll, hatte beste Chancen eine Förderung zu erhalten. Offene Ju-

gendarbeit zog bei der Mittelvergabe dann meist den Kürzeren. Gerade im Umfeld dieser Projekte und Klubs muß jedoch eine stark ausgeprägte und gewaltbereite Neonaziszene (Magdeburg, Leipzig-Grünau, Zittau) festgestellt werden.

Das Beispiel Magdeburg

Im Beispiel der Stadt Magdeburg läßt sich das sehr gut nachweisen. Am Abend des 3. Januar 1998 überfielen 13 Neonazis die Wohnung des Bruders des in der Nacht vom 7. zum 8. Februar 1997 ermordeten Punks Frank Böttcher. Frank Böttcher wurde damals von einem jungen Naziskinhead im Magdeburger Stadtteil Neu-Olvenstedt durch mehrere Messerstiche und Fußtritte bestialisch umgebracht. Ein 23-jähriger Jugendlicher wird bei dem Wohnungsüberfall lebensgefährlich verletzt. Die Täter stammten alle aus dem bekannten Stadtteil Neu-Olvenstedt und waren zum Teil schon an früheren neofaschistischen Übergriffen wie zum Beispiel am Himmelfahrtstag 1994 beteiligt. Ein Beispiel von vielen. Insgesamt ist in den letzten Jahren ein massiver Anstieg rechtsextremistischer Straftaten im Bereich der Polizeidirektion Magdeburg zu verzeichnen. Wurden im Jahr 1995 noch 174 Delikte dieser Art registriert, waren es 1996 bereits 180 und ein Jahr später 241. In keiner anderen Polizeidirektion Sachsen-An-

halts gab es 1997 mehr rechtsextreme Delikte als in Magdeburg. Damit sind fast allein ein Viertel der in Sachsen-Anhalt verübten rechtsextremistischen Straftaten im Bereich der Polizeidirektion Magdeburg in der Statistik aufgeführt.

Von den insgesamt 600 aktiven militanten neofaschistischen Skinheads im Land Sachsen-Anhalt leben 200 in Magdeburg und dort vorrangig in den Neubaugebieten Nord und Neu-Olvenstedt. Und genau in diesen beiden Stadtteilen befanden, beziehungsweise befinden, sich Projekte der akzeptierenden rechten Jugendarbeit, die vom Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Magdeburg finanziell massiv unterstützt werden. So erhielt der Jugendklub „Brunnenhof“ aus Landes- und Kommunalmitteln 1997 jeweils circa 119 000 DM Zuschuß. Dieser Klub gehört seit 1991 zu dem Projekt, in dem bis zum Ende des Jahres 1996 die einschlägig bekannte rechtsextreme Band „Elbsturm“ probte. Auch die zweite bundesweit bekannte Band Sachsen-Anhalts, „Doitsche Patrioten“, freute sich über diese einmalige von staatlicher Seite geförderte Möglichkeit der Unterstützung. Erst Mitte des Jahres 1997 mußten sie auf Druck der Öffentlichkeit ihre Räumlichkeiten verlassen. Trotz Warnungen aus verschiedenen Richtungen, dürfen neuerdings wiederum rechte Skinheadbands im „Brunnenhof“ proben. Sie haben zwar noch nicht einen solchen zweifelhaften Ruhm errungen, wie ihre Vorgängerbands, stehen ihnen aber inhaltlich und musikalisch sehr nah.

Die somit staatlich geförderte rechte Skinheadkultur prägt das Bild beider Stadtteile auf der Straße und in Jugendklubs und läßt andersdenkenden und andersaussehenden Jugendlichen wenig Chancen für Freiräume.

Vielfältige dezentrale kulturell andersgeprägte Angebote in der Jugendarbeit fehlen weitestgehend in den Hochburgen der Neonaziszene. Somit haben Jugendliche de facto nur drei Möglichkeiten: Entweder sie passen sich ihrer von dieser Kultur geprägten Umwelt an, oder sie verbringen ihre Freizeit in anderen Stadtteilen, oder sie bleiben in ihren eigenen vier Wänden. Keine der Varianten dient dem Zurückdrängen der neonazistischen Alltagskultur und kann deshalb eine Lösung sein. Somit üben die existierenden rechten Jugendklubs eine gewisse Sogwirkung aus und dienen vielmehr der Hege und Pflege der rechten Subkultur.

Der gemeinsame Haß gegen Ausländerinnen und Ausländer und alles „Undeutsche“ ist Konsens und das war es, was die DVU im Landtagswahlkampf in Sachsen-Anhalt unverhohlen propagiert hat und was sie zum Erfolg führte.

An dem Beispiel der Stadt Magdeburg – ähnliche Erfahrungen wurden auch in anderen Städten gesammelt – wird offenbar, daß der mit dem AgAG-Programm beziehungsweise Folgeförderung beabsichtigte Abbau von Gewalt und autoritären Strukturen fehlgeschlagen ist. Besonders im ländlichen Raum und Kleinstädten ist heute die Situation oft dadurch gekennzeichnet, daß für offene Jugendarbeit nur geringe oder keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Ursprünglich als offene Treffs konzipierte Einrichtungen werden zumeist von rechten Jugendlichen kulturell dominiert. Projekte, die mit einer rechtsextrem orientierten Szene gezielt arbeiten, sind oft die einzigen vor Ort.

Mögliche Gegenstrategien – Zentren für Demokratie, Kultur und Bildung

Der so beschriebenen Entwicklung einer mittlerweile stark ausgeprägten rechten Alltagskultur muß eine humanistische und demokratische, liberale und weltoffene Jugendarbeit entgegengesetzt werden, die sich vor allem an jene Jugendliche wendet, die schon allein aufgrund anderer Werte, Einstellungen und ihres äußerlichen Erscheinungsbildes potentielle Opfer von rechtsextremen Übergriffen sind. Dazu bedarf es umfangreicher dezentraler Angebote und Räume, in denen sich nicht-rechte Jugendliche treffen können, JugendsozialarbeiterInnen, die ein humanistisches und demokratisches Grundverständnis haben, fachlich qualifiziert sind und über ein fundiertes Wissen über Jugend Szenen verfü-

gen. Gleichzeitig werden entwicklungs-fähige, unabhängige und finanziell gut ausgestattete Strukturen und Netzwerke benötigt.

Um das zu verwirklichen, wurde ein Konzept zur Schaffung von „Zentren für Demokratie, Kultur und Bildung“ entwickelt. Sie sollen durch ihr Wirken die Ausbildung demokratischer und emanzipatorischer Jugendkulturen stärken bzw. deren Entstehung befördern, indem sie durch ihre Angebote, Projekte und Öffentlichkeitsarbeit humanistische und demo-

kratische Werte vermitteln, Jugendliche zu selbstbestimmtem Handeln und kritischem Denken befähigen, die soziale und politische Handlungskompetenz von jungen Leuten stärken und insbesondere darauf aufmerksam machen, daß fremdenfeindliches und nationalistisches Denken insbesondere unter Jugendlichen – nicht allein soziale Ursachen hat. Gleichzeitig sollen sie die Jugendarbeit in der Region inhaltlich stärken und – wenn möglich – ausländische Jugendliche in ihre Arbeit integrieren.

„Zentren für Demokratie, Kultur und Bildung“ sollen vor allem in jenen Gegenden geschaffen werden, die als Neonazihochburgen bekannt sind, in denen es nur noch eine (dominante) bzw. wenige Jugendkulturen gibt und in denen es verstärkt zu fremdenfeindlichen Übergriffen kommt. Sie haben unter anderem die Aufgabe, in ihren Regionen die vorhandenen Strukturen der Jugendarbeit sowie die soziale und politische Lage von Jugendlichen zu analysieren, (um daraus abgeleitet) Vorschläge für eine Veränderung der vorhandenen Situation zu entwickeln, die Arbeit von freien Trägern der Jugendhilfe – unabhängig, aber in Zusammenarbeit mit den örtlichen Jugendämtern – zu vernetzen, um Defizite gemeinsam zu analysieren sowie praktische Erfahrungen und Lösungen auszutauschen. Ausserdem sollen sie Initiativen und Projekte unterstützen, die bereits auf Grundlage humanistischer und demokratischer Werte und Normen arbeiten und Workshops und Qualifikationsangebote für MultiplikatorInnen anbieten und jungen Menschen eigene Bildungsangebote machen.

Vorgesehen ist, im Jahr 1999 dieses Projekt in Sachsen-Anhalt und Sachsen mit insgesamt fünf Zentren modellhaft zu beginnen. Innerhalb eines Landes sollte es ein Zentrum in einer ländlichen geprägten Gegend sowie in einer Stadt mit 20 000 bis 50 000 Einwohner geben. Insgesamt sind zwei Zentren pro Land und ein Grenzüberschreitendes geplant. Um eine gute personelle und sächliche Ausstattung zu gewährleisten, sollen 1,5 Millionen DM in die jeweiligen Landeshaushalte eingestellt werden.

Das damit beschriebene Projekt könnte ein Ansatz sein, um rechten Lifestyle zurückzudrängen und Freiräume für nicht-rechte Jugendliche zu schaffen. Wenn die Modellprojekte in Sachsen-Anhalt und Sachsen in diesem Sinne eine positive Wirkung erzielen, könnte das für alle neuen Bundesländer eine Möglichkeit des Handelns sein.

Matthias Gärtner studiert Politikwissenschaft an der Universität Halle-Wittenberg und ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt.

